presse

Verbraucherportal „Lebensmittelklarheit“ ausbauen und Marktwächter einführen

Anlässlich des zweijährigen Bestehens von www.lebensmittelklarheit.de erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber und die verbraucherpolitische Sprecherin Elvira Drobinski-Weiß:

Nach zwei Jahren www.lebensmittelklarheit.de steht fest: Das Portal war ein Erfolg und muss gestärkt, die Verbraucherzentralen zu Marktwächtern ausgebaut werden.

Das Internetportal Lebensmittelklarheit gibt Verbraucherinnen und Verbrauchern in Bezug auf die Gestaltung von Produkten, deren Kennzeichnung oder Bewerbung Orientierung. Viele Lebensmittel entsprechen in ihrer Zusammensetzung nicht mehr dem, was Verbraucherinnen und Verbraucher aufgrund der Verkehrsbezeichnung und des Zutatenverzeichnisses erwarten. Produktverpackung und Werbung suggerieren eine Qualität oder Herkunft, die oft nicht drin steckt. Das Portal bietet auch Raum für Diskussionen und Verbraucherinnen und Verbraucher können darüber hinaus konkrete Produkte benennen, durch die sie sich getäuscht fühlen. In den zwei Jahren seit Bestehen des Portals wurde reger Gebrauch von diesen Möglichkeiten gemacht. So gab es fast 18.000 Anfragen in 2012. Dies zeigt, wie groß der Bedarf an einer umfassenden Marktbeobachtung im Bereich Lebensmittel ist.

Wir brauchen daher einen Marktwächter für den Lebensmittelmarkt. „Marktwächter“ sind vom Staat beauftragte zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen ohne hoheitliche Befugnisse wie die Verbraucherzentralen. Sie sollen den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen, Missstände an die staatliche Aufsicht weitergeben und zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher auch juristisch gegen unseriöse Anbieter vorgehen.

Das Portal www.lebensmittelklarheit.de muss zudem weiter ausgebaut werden. Überkomplexe Anbieterinformationen, die Verwendung von unpassenden Abbildungen (zum Beispiel Hühner auf der Wiese trotz Bodenhaltung) und unklare Verkehrsbezeichnungen verwirren viele Verbraucherinnen und

Verbraucher und müssen ein Ende finden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dies in den letzten Haushaltsberatungen gefordert.